

Antrag A3-ÄA1: Änderungsantrag zu A3

Änderungsantrag zu A3

Antragsteller*in:	Sebastian Vogt
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 117

- 92 • **wir eine aktive Industriepolitik gestalten!** Wir wollen konkrete Ideen
93 entwickeln, mit denen wir Unternehmen in Thüringen im Rahmen einer neu
94 aufgestellten Industriebeteiligungsstrategie im Strukturwandel unterstützen
95 können. Eigenständige Unternehmen, die sich auf den Weg machen und ihre
96 Produktion klimaneutral umstellen oder neue Produkte entwickeln wollen, könnten
97 über eine staatliche Beteiligung ihre Eigenkapitalbasis stärken und so den
98 Wandlungsprozess für die Beschäftigten sicher gestalten. Betriebe, die am Ende
99 der Entscheidungsketten stehen, weil Konzernzentralen am andere Ende der Welt
100 sitzen, könnten über staatliche Beteiligungen aus Unternehmensstrukturen
101 herauswachsen und auf eigenen Beinen stehen. Beide gilt es mit einem
102 entsprechenden Plan unter Beteiligung der Beschäftigten klimagerecht in
103 Produktion und Arbeitsweise aufstellen. Dazu braucht es regionale Strategien,
104 bei denen die Beschäftigten, Gewerkschaften, Kommunen, das Land und weitere
105 wichtige Akteur*innen gemeinsam den Wandel gestalten. Wir wollen eine
106 Industriepolitik, die Zukunft sichert und nicht die Veränderungen auf dem Rücken
107 der Menschen abwälzt, wie es die Treuhandpolitik der 1990er Jahre gemacht hat.
108 Wir wollen Sicherheit, bei der die Beschäftigten im Mittelpunkt stehen, anstatt
109 Marktberreinigung, bei der nur die Konzernspitzen im Trockenen sitzen. Im ersten
110 Schritt könnten bestehende Marktanalysen gebündelt und Machbarkeitsstudien auf
111 den Weg gebracht werden, die die Grundlage für eine landesweite und regional
112 verankerte Industriebeteiligungsstrategie legen. Mit dem Ziel eine nachhaltige
113 und zukunftssichere Wertschöpfung in Thüringen zu entwickeln, die auf
114 ressourcenschonende und energieeffiziente Produktion setzt. Wir wollen
115 Beschäftigten Sicherheit im Wandel geben und die Möglichkeit klimagerecht zu
116 produzieren, was für die Welt von morgen benötigt wird. Das Wissen und die
117 Netzwerke dazu haben wir in Thüringen.
- Gleichzeitig wollen wir für die Betriebe Energiesicherheit zu bezahlbaren Preisen herstellen und uns möglichst unabhängig von Energieimporten machen. Dazu werden wir die nötigen Mengen an Windkraft und Solar ausbauen. Um die Schwankungen der Energieerzeugung auszugleichen, werden wir Tag/Nacht Speicher in Form von Batteriezellen und saisonaler Speicher in Form von Wasserstoffherzeugung und -speicherung ausbauen. Da die Herstellung und der Transport von Wasserstoff mit hohen Energieverlusten behaftet ist, muss die Elektrifizierung von Prozessen Vorrang haben. Dies schützt die Verbraucher vor unnötigen erhöhten Kosten. Für die Bereiche, die Wasserstoff benötigen und eine echte Energiewende, muss es das Ziel sein, am Ende grünen Wasserstoff zu verwenden.

Begründung

Energiesicherheit ist ein Thema, das immer wieder von rechten Kräften als Angriff auf die sozial-ökologische Transformation benutzt wird. Selbst von Genossinnen und Genossen wird verbreitet, dass die Energiesicherheit für einen Industriestandort wie Deutschland nicht mit erneuerbaren Energien sichergestellt werden könnte. Das ist falsch. Wirtschaftswissenschaftler*innen wie Claudia Kemfert und verschiedene Institute haben Studien dazu angestellt und die Umsetzbarkeit bestätigt. Wir müssen also auch an dieser Stelle Zuversicht verbreiten.

Antrag A3-ÄA2: Änderungsantrag zu A3

Änderungsantrag zu A3

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 50 - 51

42 Auf diesem Weg haben wir als LINKE mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident, in
43 Regierungsverantwortung mit unseren Partner*innen im Parlament und außerhalb in den
44 letzten Jahren erste Schritte unternommen. Vor 5 Jahren haben wir uns ein Klimagesetz
45 in Thüringen gegeben, weil wir darum wissen, dass internationale Klimaziele als
46 politischer Rahmen für unser Handeln genauso wie für die Entscheidungen der Landes-
47 und Kommunalpolitik umgesetzt werden müssen. Als öffentliche Hand hat das Land dabei
48 eine Vorbildfunktion. Das Infrastrukturministerium will die energetische Sanierung
49 landeseigener Gebäude forcieren, um CO2-Emissionen in großem Maße einzusparen. Bei
50 der Weiterentwicklung des Vergabegesetzes ~~ist uns~~ sind uns die Tarifbindung und die Erhöhung des
Mindestlohns ~~in~~
51 Richtung auf 14 Euro ebenso wichtig wie die Vergabe nach ökologischen
Kriterien, weil
52 Soziales und Klimapolitik Hand in Hand gehen müssen. Gesundheits- und
53 Umweltministerium haben zusammen die Arbeit an einem Hitzeaktionsplan begonnen und
54 den Kommunen mit der so genannten „Hitzetoolbox“ einen wichtigen Werkzeugkasten an
55 die Hand gegeben, weil es darum geht Menschen zu schützen, wenn Klimafolgen bereits
56 zu spüren sind. Da wo Beschäftigte als letztes Glied in der Kette von weltweit
57 agierenden Mutterkonzernen mit Entscheidungen aus der Chefetage leben und um ihre
58 Jobs bangen müssen, unterstützen wir Gewerkschaften und die Betriebe mit einer
59 Transformationsagentur und Technologieberatungsstelle, für die wir als LINKE gekämpft
60 haben. Wir haben einen Vorschlag für ein Windenergiebeteiligungsgesetz auf den Weg
61 gebracht, weil wir wollen, dass der Gewinn aus der Stromerzeugung nicht allein in den
62 Kassen von Konzernen landen sollte, sondern dort ankommt, wo die Energie erzeugt
63 wird. In Form von konkreten Investitionen aus Energiegewinnen in den kommunalen
64 Kindergarten, die örtliche Bibliothek oder die Vereine schaffen wir Akzeptanz und
65 verteilen Gewinne sozial gerecht. Als nächsten Schritt wollen wir eine
66 Bürger*innenbeteiligung beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Zusammenarbeit mit
67 den kommunalen Energieversorgern. Und mit unserem Einsatz für die Verwendung von
68 Geldern aus dem Sondervermögen für nachhaltige Investitionen, haben wir einen ersten
69 großen Schritt für mehr Tempo in der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft gemacht.
70 Wir wollen die Geschwindigkeit und das Volumen von Investitionen in die klimagerechte
71 Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung noch deutlich steigern, weil wir wissen,
72 dass wir nur so neue Chancen für die Menschen und die Unternehmen entwickeln.

Begründung

Beim Vergabegesetz reicht es nicht nur, den Mindestlohn zu betrachten. Die Tarifbindung eines Unternehmens muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eine entscheidende Rolle einnehmen. Dem sollte auch dieser Antrag gerecht werden.

Antrag A3-ÄA3: Änderungsantrag zu A3

Änderungsantrag zu A3

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 23 - 25

12 Viele Menschen fühlen sich überfordert. Haben Angst und Sorgen, wenn auch aus
13 unterschiedlichen Gründen. Eine junge Generation hat vor Jahren begonnen, all das
14 nicht mehr hinzunehmen und hat Angst davor keine Zukunft mehr zu haben, wenn der
15 Planet einen Kippunkt nach dem anderen überschreitet. Notwendige Veränderungen
16 machen Menschen Angst, weil sie Sorge haben, mal wieder nicht gesehen und vergessen
17 zu werden, weil sie sich einen Umstieg auf ein Elektroauto oder erneuerbare Energien
18 nicht leisten können oder nicht wissen, ob ihr Arbeitsplatz im Zuliefererbetrieb in
19 zwei Jahren noch gebraucht wird. Ältere sehen mit Sorge wie das, was sie aufgebaut
20 haben, droht zu verschwinden. Sorgen, die die Hauptverursacher*innen der Krise nicht
21 umtreiben, weil sie das notwendige Geld haben, um Veränderungen ohne persönliche
22 Einschnitte einfach mitmachen zu können. Sorgen, die die Ampel-Koalition im Bund
23 nicht nimmt, weil sie sich nicht mit den ~~Verusacher*innen~~Verursacher*innen der Krise anlegen will.
24 Letztlich aber auch Sorgen, die von verschiedenen politischen Parteien und Lobbyisten bewusst und
gezielt geschürt werden und die verfangen. Rechte und extrem Rechte nutzen diese Ängste,
verstärken sie und eskalieren Konflikte. Verdrängung-oder, Abwehr-sind dann die Reaktionen. Dieses
Gefühl der, Überforderung
25 ~~wollen wir mit Zuversicht und Gerechtigkeit überwinden~~und sogar ausartende Wut sind Reaktionen,
die sich zum Teil bereits in Hetze äußern. Diesen Gefühlen wollen wir durch sozial gerechtes Handeln
entgegenwirken und den Menschen wieder Vertrauen in eine solidarische Zukunft geben. Aus dem
Mut der jungen
26 Generation wollen wir Energie schöpfen und den Weg frei machen für eine klimagerechte
27 Zukunft. Dieser Wandlungsprozess gelingt nur mit einer breiten gesellschaftlichen
28 Akzeptanz. Es darf keinesfalls zu einem weiteren Umverteilungsschub von unten nach
29 oben kommen. Als LINKE wollen wir die Energie- und Klimawende so organisieren, dass
30 im Ergebnis echte Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in unserem Land
31 überall gleich gut wirksam werden.

Begründung

Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass nicht nur eine falsche Politik auf Bundesebene allein Ängste und Sorgen bereitet, sondern müssen ansprechen, dass hier von verschiedenen Seiten regelrechte Kampagnen gefahren werden, um die Verunsicherung der Menschen zu verstärken und eigenen Profit daraus zu ziehen. Eine gerecht ausgerichtete Sozial- und Klimapolitik kann nur gelingen, wenn wir das offen thematisieren und deutlich machen.